



# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 23. MÄRZ 2021



## DEBATTE ÜBER ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG DER BREMER INNENSTADT

Die Zukunft der Bremer Innenstadt war heute das Thema einer ausführlichen Debatte in der Stadtbürgerschaft. Für Falk Wagner, Sprecher für Bau, Wohnen und Stadtentwicklung der SPD-Fraktion, stand dabei fest: Die Weiterentwicklung der City hin zu mehr Aufenthaltsqualität muss weitergehen.

„Der Satz ‚Ich muss noch mal in die Stadt‘ wird künftig seltener zu hören sein“, zeigte sich der Sozialdemokrat überzeugt. „Deswegen muss daraus ein ‚Ich will in die Stadt‘ werden. Die Innenstadt kann gegen den Online-Handel nicht gewinnen, wenn es um Dumpingpreise oder den schnellsten Einkauf geht. Sie muss also mit dem punkten, was der Online-Handel nicht bietet:



Falk Wagner

Aufenthaltsqualität, familienfreundliches Flanieren in der Altstadt oder Kaffeetrinken in der Sonne. Davon bietet die Innenstadt noch zu wenig, und hier liegt der Schlüssel für die weitere Entwicklung.“

Bei dieser Analyse herrsche weitgehend Einigkeit, so Wagner weiter, und auf dieser Grundlage müsse man Stärken und Schwächen benennen. Stärken seien zweifellos im Osten der Innenstadt Tourismus und Kultur und im Süden die Gastronomie an der Weser. Den größten Handlungsbedarf benannte Wagner im Bereich Söge-, Obern- und Hutfilterstraße. Dabei müsse es darum gehen, die Vielfalt der Erlebnismöglichkeiten – Gastronomie, Einkaufen, Kultur und Tourismus, grüne Erholung in den Wallanlagen und den Übergang zum pulsierenden Viertel mit intuitiven Wegeverbindungen zu einer Erlebniswelt zu verbinden.

Die Frage sei nun, was nötig sei: Konzeption oder Implementation, Überlegen oder Machen. „Ich bekenne: Ich habe an vielen Stellen eine klare Tendenz zum ‚Machen‘. Ich sage aber auch: Man kann beide

Positionen legitimerweise vertreten“, sagte Wagner. Der beste Weg sei es, dies maßnahmenscharf zu beurteilen. Und dabei stelle man fest, dass Bremen an vielen Stellen bereits neu gestaltet werde. Beispiele dafür seien etwa das Balgequartier, der ZOB, die Markthalle oder auch das Wallkontor. An einigen Stellen müsse der Knoten aber noch durchschlagen werden. „Dafür brauchen wir aber eine klare Zielrichtung, auch, um Entscheidungs- und Investitionssicherheit zu bieten“, so Wagner. „Und für uns als SPD-Fraktion ist klar, was dahinterstehen muss: Aufenthaltsqualität, intuitive, fußläufige Verbindungen innerhalb der Innenstadt, Räume zum Verweilen, Familienfreundlichkeit und eine Nutzungsmischung aus Kultur, Bildung und nicht zuletzt Wohnen in der Altstadt – und zwar sozial gemischt!“

## DEBATTE NEUE FINANZIELLE MÖGLICHKEITEN FÜR SANIERUNGEN SCHAFFEN

Wie lässt sich dem Sanierungsbedarf bei öffentlichen Gebäuden begegnen? Mit dieser Frage setzte sich der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, in seiner Rede in einer aktuellen Stunde in der Stadtbürgerschaft auseinander. Dabei betonte er, dass Bremen erheblich mehr Mittel in diesem Bereich investiere – hier gebe es eine Steigerung von 70 Prozent gegenüber 2019. Gleichwohl sieht er die Notwendigkeit für eine Reform der Bremer Schuldenbremse, um künftigen Sanierungsbedarf zu decken.

Denn der Sanierungsbedarf reiche allein bei den Schulen laut aktueller Bestandsaufnahmen und Schätzungen an 800 Millionen Euro heran. Nehme man Kitas und andere öffentliche Gebäude im Sondervermögen Infrastruktur und Technik hinzu, belaufe sich der Finanzbedarf auf etwa eine Milliarde Euro. Mit den jetzigen Ansätzen würde es also 30 Jahre dauern, um den Sanierungsbedarf abzarbeiten, so Gottschalk. „30 Jahre wären allerdings viel zu lang. Zum einen würde der Sanierungsbedarf unterwegs weiterwachsen. Zum anderen stehen wir unter hohem zeitlichem Druck.

Denn der Klimawandel lässt sich nicht aufschieben. Er verlangt, dass wir gerade mit den Sanierungen von Bestandsgebäuden erheblich schneller vorankommen müssen. Und das gilt gerade für die öffentliche Hand. Denn diese hat eine Vorbildfunktion und kann nicht die Letzte sein, die ihre Aufgaben erfüllt.“

Im Ergebnis werde daher erheblich mehr Geld für Sanierungen benötigt. Dabei liege eine Hoffnung auf zusätzlichen Bundesprogrammen, darauf könne man sich aber nicht verlassen und diese würden wohl auch nicht ausreichen, sagte Gottschalk. Die Ressorthaushalte seien zudem bereits



Arno Gottschalk

jetzt auf Kante genäht. „Ohne dort Strukturen kaputtzusparen, wird sich dort auch kein Geld finden lassen“, so der Sozialdemokrat.

Gottschalk plädierte daher dafür, die Schul-

denbremse zu reformieren. Aktuell bewege sich die Diskussion bundesweit in die Richtung, dass die Schuldenbremsen eine Tür aufgelassen hätten: die Verlagerung öffentlicher Investitionen auf öffentliche Investitionsgesellschaften, die Kredite aufnehmen dürften, ohne dass sie bei den Schuldenbremsen angerechnet würden. In Bremen gebe es diese Möglichkeit jedoch nicht, denn hier sei die Schuldenbremse in der Landesverfassung besonders eng gefasst worden. „Das war gut gemeint – erweist sich jetzt, unter den veränderten Bedingungen, aber als ein fataler Fehler“, zeigte sich Gottschalk überzeugt.

Bremen stehe angesichts des Klimawandels allerdings vor riesigen Aufgaben, und angesichts realer Nullzinsen liege das Geld praktisch auf der Straße, könne aber nicht genutzt werden, erklärte Gottschalk abschließend. „Es wäre schlicht und einfach dumm, wenn wir das so lassen würden. Bremen sollte deshalb seinen Sonderweg beenden – und die eigene Schuldenbremse so ändern, dass auch hier öffentliche Investitionsgesellschaften möglich werden. Je eher, desto besser.“

## FRAGESTUNDE IMPFSTRATEGIE FÜR BESCHÄFTIGTE DER KINDER- UND JUGENDHILFE

Die Impfung und das regelmäßige Testen sind zwei der wichtigsten Werkzeuge zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Durch begrenzte Impfstoffmengen muss jedoch eine Priorisierung bei der Impfung erfolgen – neben der medizinischen Geschichte und dem Alter der Bürger:innen spielt auch der jeweilige Beruf eine Rolle. So hat Bremen vor wenigen Wochen kurzfristig Lehrer:innen, die im Präsenzunterricht zwangsläufig mit vielen und wechselnden Personen Kontakt haben, in der Impfpriorität hochgesetzt und vielen Lehrkräften so bereits zu einer Impfung verholfen. Doch auch die Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe sind durch ihre Tätigkeit einem höheren Infektionsrisiko ausgesetzt.

Die SPD-Abgeordneten Petra Krümpfer und Ute Reimers-Bruns haben deshalb in der heutigen Fragestunde der Stadtbürgerschaft beim Senat nachgefragt: Wie bewertet der Senat das Corona-Infektionsrisiko für die Beschäftigten der Jugendhilfe, der offenen Jugendarbeit, in Jugendverbänden, stationären Einrichtungen sowie der Beratungsstellen? Ist dem Senat bekannt, ob es Planungen



Petra Krümpfer



hinsichtlich einer Impf- und Teststrategie für diese Beschäftigten gibt? Und inwieweit könnten diese Berufsgruppen von Impf-Priorisierungen profitieren?

„Das Infektionsrisiko für Beschäftigte in der Jugendhilfe ist abhängig von möglichen persönlichen und einrichtungsspezifischen Schutz- und Hygienemaßnahmen“, antwortete der Senat schriftlich. Die einzelnen Maßnahmen würden von den freien Trägern der Jugendhilfe mit dem Gesundheitsamt abgestimmt. Generell gelte aber: „Je enger und länger der Kontakt

zu infizierten Kindern und Jugendlichen ist, desto höher ist das Infektionsrisiko zu bewerten. Dies betrifft insbesondere stationäre Einrichtungen der Inobhutnahme und der Erziehungshilfe“. Das Infektionsrisiko werde jedoch durch die regelmäßigen Testungen der Kinder und Jugendlichen in den Kitas und Schulen sowie bei der erstmaligen Aufnahme in eine entsprechende Einrichtung gesenkt.

Weiterhin habe man den Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe Schulungsangebote zur Durchführung von Schnelltests gemacht, so die Antwort des Senats weiter. Die Kosten für die Schulungen sowie – befristet bis zum 31. Mai – der Tests würden durch den Senat getragen. Und: „Im Rahmen der Impfpriorisierung wird den Beschäftigten der Kinder- und Jugendhilfe ein Impfangebot gemacht.“



Ute Reimers-Bruns